

Beschlussempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 14/1719 –

Deutsche Beteiligung an dem internationalen Streitkräfteverband in Ost-Timor (INTERFET) zur Wiederherstellung von Sicherheit und Frieden auf der Grundlage der Resolution 1264 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 15. September 1999

A. Problem

Eine mit Billigung der indonesischen Regierung und unter Aufsicht der Vereinten Nationen am 30. August 1999 in Ost-Timor durchgeführte Volksabstimmung ergab eine überwältigende Mehrheit für die Unabhängigkeit von Indonesien. Nationalistische Kräfte und paramilitärische Milizen in Kollusion mit Teilen des indonesischen Militärs überzogen daraufhin Ost-Timor mit Mord, Vertreibung, Brandstiftung und anderen Gewalttaten. Dies führte zu einer humanitären Katastrophe: Nach Schätzungen sind in Ost-Timor bis heute etwa 7000 Menschen ermordet und über 400000 Menschen vertrieben worden, auf der Flucht oder obdachlos.

Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich seit langem für die Wahrung der Menschenrechte ohne Unterscheidung nach Regionen und Volksgruppen ein. Sie hat überdies ein besonderes Interesse an dieser Region. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Beteiligung deutscher Streitkräfte an dem internationalen Streitkräfteverband (INTERFET) hauptsächlich durch Kräfte für medizinische Evakuierung, erforderlichenfalls mit organischer Schutz- und Sicherungskomponente, ist daher moralisch geboten, militärisch sinnvoll und politisch erforderlich. Für diese Operation sollen bis zu 100 Soldaten mit entsprechender Ausrüstung eingesetzt werden.

B. Lösung

Zustimmung zu der von der Bundesregierung am 6. Oktober 1999 beschlossenen deutschen Beteiligung an dem internationalen Streitkräfteverband für Ost-Timor (INTERFET) auf der Grundlage der Resolution 1264 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 15. September 1999.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die einsatzbedingten Zusatzkosten werden nach ersten Schätzungen monatlich jeweils etwa 5,1 Mio. DM betragen. Die Kosten der Hin- und Rückverlegung sowie notwendiger Beschaffungen werden zusätzlich nach ersten Schätzungen mit einmalig etwa 2,9 Mio. DM veranschlagt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Dem Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 14/1719 wird zugestimmt.

Berlin, den 7. Oktober 1999

Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Karl Lamers
Berichterstatter

Dr. Helmut Lippelt
Berichterstatter

Walter Hirche
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke-Reymann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Karl Lamers, Dr. Helmut Lippelt, Walter Hirche und Wolfgang Gehrcke-Reymann

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 60. Sitzung am 6. Oktober 1999 den **Antrag** der Bundesregierung auf **Drucksache 14/1719** an den Auswärtigen Ausschuss zur federführenden Beratung, an den Rechtsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II.

Die Mitglieder des **Verteidigungsausschusses** haben den Antrag in der Sitzung vom 6. Oktober 1999 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU – bei vier Gegenstimmen – bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P., bei Abwesenheit der Fraktion der PDS dem federführenden Auswärtigen Ausschuss empfohlen, ihm zuzustimmen. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfehlen darüber hinaus, der Bundesregierung vorzuschlagen, den Antrag durch entsprechende Erklärungen im Auswärtigen Ausschuss oder im Plenum des Deutschen Bundestages abzuändern.

Im Übrigen hat der **Verteidigungsausschuss** einem Antrag zur Finanzierung des Einsatzes (INTERFET) mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktionen der F.D.P. und PDS zugestimmt. Darin wird der Haushaltsausschuss gebeten, folgenden Beschluss zu fassen: „Kosten, die für die deutsche Beteiligung an dem internationalen Streitkräfteverband in Ost-Timor (INTERFET) entstehen und die den beschlossenen Haushaltsansatz übersteigen, werden unbeschadet anderer Regelungen dadurch abgedeckt, dass die notwendigen Mittel dem Einzelplan 14 aus dem sonstigen Bundeshaushalt zugeführt werden.“

Der **Rechtsausschuss** empfiehlt in seiner Sitzung am 7. Oktober 1999, dem Antrag zuzustimmen. Diese Empfehlung wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion PDS bei Enthaltung der Fraktion F.D.P. beschlossen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 23. Sitzung am 6. Oktober 1999 dem federführenden Auswärtigen Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion der PDS empfohlen, dem Plenum die Annahme des Antrages vorzuschlagen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 14/1719 in seiner Sitzung am 6. Oktober 1999 beraten und ihn bei mehreren Enthaltungen aus unterschiedlichen Fraktionen angenommen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 1999 den Antrag auf Drucksache 14/1719 beraten und mehrheitlich gegen drei Stimmen und fünf Enthaltungen aus den Reihen der Opposition die Zustimmung zur Vorlage beschlossen.

III.

Der federführende **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 29. Sitzung am 7. Oktober 1999 nach Vorlage aller mitberatenden Stellungnahmen dem Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 14/1719 zugestimmt. Diese Empfehlung wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen gegen vier Stimmen aus der Fraktion der CDU/CSU und gegen eine Stimme der Fraktion der PDS bei zwei Enthaltungen der Fraktion der F.D.P. ausgesprochen. Der Ausschuss hat sich die Empfehlung des Verteidigungsausschusses, den Antrag der Bundesregierung abzuändern, nicht zu eigen gemacht.

Berlin, den 7. Oktober 1999

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

Berichterstatter

Karl Lamers

Berichterstatter

Dr. Helmut Lippelt

Berichterstatter

Walter Hirche

Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke-Reymann

Berichterstatter